

Litauen

Tobias Etzold

Die Politik Litauens war geprägt von der wirtschaftlichen Stabilisierung nach der schweren Wirtschaftskrise 2009, einem drastischen Sparkurs, dem Streit um den Bau eines Atomkraftwerks und den Parlamentswahlen im Oktober 2012. In europapolitischer Hinsicht standen die für 2015 geplante Einführung des Euro im Lichte der eigenen wirtschaftlichen Probleme sowie der europäischen Schuldenkrise und die erstmalige Übernahme des Vorsitzes im Rat der EU 2013 im Fokus des Interesses.

Innenpolitik

Am 28. Oktober 2012 vollzog sich in Litauen ein Machtwechsel. Bei den Parlamentswahlen, die traditionell in zwei Wahlgängen durchgeführt werden, am 14. und 28. Oktober 2012 ging die linke Opposition als Sieger hervor. Die konservativ-liberale Regierungskoalition von Ministerpräsident Andrius Kubilius musste ihre Niederlage einräumen. Diese hatte immerhin, erstmals in der jüngeren Geschichte Litauens, eine volle Legislaturperiode hindurch regiert. Nach dem ersten Wahlgang lag die linkspopulistische Arbeitspartei von Milliardär Viktor Uspaskich (19,87%) noch knapp vor den Sozialdemokraten (18,44%). Im entscheidenden zweiten Wahlgang, bei der knapp die Hälfte der Parlamentssitze als Direktmandate vergeben wurden, setzten sich die Sozialdemokraten durch. Die Partei von Ex-Finanz- und Transportminister Algirdas Butkevicius erhielt insgesamt 38 der zu vergebenden 140 Sitze im Parlament. Die konservative Vaterlandsunion des scheidenden Ministerpräsidenten Kubilius erreichte 33, die mit ihr verbündete Liberale Bewegung 10 Sitze. Unmittelbar nach dem zweiten Wahlgang verständigten sich die Sozialdemokraten mit der Arbeitspartei (30 Sitze) und der rechtspopulistischen Partei *Für Ordnung und Gerechtigkeit* (11 Sitze) des früheren Präsidenten Rolandas Paksas auf die Bildung einer Koalition. Eine schnelle Regierungsbildung wurde bislang jedoch durch den Widerstand von Litauens Präsidentin Dalia Grybauskaitė verhindert aufgrund angeblichen Stimmenkaufs durch die Arbeitspartei und steuerlichen Unregelmäßigkeiten auf Seiten Uspaskichs. Insgesamt wurde der Wahlsieg der linken Opposition als Referendum gegen den harten Sparkurs von Kubilius gewertet. Anders als in Estland und Lettland, wo die amtierenden Regierungen in Wahlen jeweils bestätigt wurden, trug eine Mehrheit der Bevölkerung den Sparkurs demnach nicht uneingeschränkt mit.

Zeitgleich mit dem ersten Durchgang der Parlamentswahlen fand ein Referendum über den geplanten Bau eines Atomkraftwerks in Visaginas statt, das alle drei baltischen Staaten mit Strom versorgen und von russischen Stromimporten unabhängig machen sollte. Dabei stimmten knapp 63% der Beteiligten gegen die Pläne der scheidenden Regierung. Dies ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einer generellen Ablehnung von Atomkraft durch eine Mehrheit der Litauer. Auch nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 war in Litauen, wie in den meisten anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern, keine nennenswerte Anti-Atomkraft- und grüne Bewegung entstanden. In den Augen der Mehrheit der Abstimmenden sowie der litauischen Opposition war vielmehr dieses Projekt zu teuer und zu groß.

Wirtschaftliche Entwicklung

Nach dem dramatischen Einbruch der litauischen Wirtschaft um 15% im Zuge der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 hat sich Litauen wirtschaftlich überraschend schnell erholt. Der Sparkurs der abgewählten konservativen Regierung leistete hierzu einen Beitrag. Ab 2010 setzte wieder ein sanftes Wirtschaftswachstum ein. Im Jahr 2011 wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 5,9%; 2012 wird das Wachstum voraussichtlich 2,5% betragen. Allerdings ist der wirtschaftliche Aufschwung in der Bevölkerung bislang kaum angekommen. Trotz des Aufschwungs sind die Löhne und Pensionen dramatisch gesunken. Das Haushaltsdefizit, das 2009 9,5% des BIP betrug, konnte zwar deutlich reduziert werden, ist mit 5,5% aber noch immer sehr hoch. Desweiteren stellen die stetig steigende Inflation und eine hohe Arbeitslosigkeit von 13% (Oktober 2012) in Kombination mit einer teils dadurch bedingten starken Abwanderung die drängendsten Probleme Litauens dar. Das Land sieht sich mit einem massiven demographischen Problem konfrontiert, das in den kommenden Jahren vermutlich noch weiter wachsen wird.

Europa- und Außenpolitik

Die bisherige Regierung Litauens plante die Euro-Einführung für das Jahr 2014. Allerdings wird dies von vielen Beobachtern als wenig realistisch eingestuft, da die Staatsverschuldung nach wie vor deutlich mehr als 3% des BIP beträgt und auch die Inflationsrate höher ist als erlaubt. Litauen erfüllt damit aktuell zwei der vier Konvergenzkriterien nicht. Litauen war bereits 2007 der Beitritt zur Eurozone verwehrt worden, weil das Land damals schon nicht das Inflationkriterium erfüllt hat. Trotz des Wunsches der Eurozone beizutreten, wollte die scheidende litauische Regierung an einer europäischen Bankenunion vorläufig nicht teilnehmen. Dies löste einen gewissen Widerspruch aus, da ersteres ohne letzteres kaum möglich ist. Der Chef der sozialdemokratischen Partei und vermutlich neue Ministerpräsident Butkevicius vertrat vor den Wahlen die Ansicht, dass das Land keine Eile bei der Einführung des Euro habe. Die Eurozone solle erst einmal ihre eigenen Probleme lösen. Als verhältnismäßig armes Land wolle man nicht für die Fehler anderer Länder zahlen. Nach den Wahlen kündigte Butkevicius jedoch an, den Euro 2015 einführen zu wollen und zu diesem Zweck die Konsolidierungspolitik der Vorgängerregierung fortzuführen. Bei den Verhandlungen über den mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2014-2020 macht Litauen sich insbesondere dafür stark, dass die Zahlungen aus den Kohäsionsfonds nicht eingeschränkt werden. Im zweiten Halbjahr 2013 übernimmt Litauen erstmalig den Vorsitz des Rates der EU. Die Vorbereitung und Durchführung des Vorsitzes wird einen Großteil der politischen Energie des kleinen Landes in Anspruch nehmen.

In der litauischen Außenpolitik nehmen die engen Beziehungen zu den USA, auch innerhalb der NATO, nach wie vor einen zentralen Platz ein. Die USA werden als Sicherheitsgarant Litauens betrachtet. US-Außenministerin Clinton besuchte Litauen allein 2011 zweimal. Außenpolitisch ist für Litauen auch die strategische Partnerschaft mit Polen von großer Bedeutung. Allerdings gestalten sich die bilateralen Beziehungen seit einiger Zeit nicht ohne Probleme. Haupthintergrund ist der Streit um die Rechte der polnischen Minderheit in Litauen. Dieser dreht sich vor allem um ein 2011 in Kraft getretenes neues Bildungsgesetz, durch welches die Stellung der litauischen Sprache an den polnischen Schulen in Litauen gestärkt werden soll. Russland wird für Litauen ein immer wichtigerer Wirtschaftspartner. Aus dem Beitritt Russlands zur WTO im August 2012 ergeben sich für Litauen weitere Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Allerdings sind die Beziehungen zwischen beiden Ländern historisch noch immer stark belastet.

Luxemburg

Wichard Woyke

In einer Regierungserklärung zur Außenpolitik des Großherzogtums am 15. November 2011 erläuterte Vize-Premier- und Außenminister Jean Asselborn die aktuelle luxemburgische Europapolitik klar. Dabei bezog sich Asselborn insbesondere auf die Werte und fundamentalen Interessen des Großherzogtums als Grundlage der luxemburgischen Europa- und Außenpolitik, sowie auf die zahlreichen Bereiche, in denen Luxemburg diese Werte und Interessen verteidigt. Angesichts der herrschenden Schuldenkrise und der politisch-sozialen Spannungen in Europa betonte Asselborn die Übereinstimmung der nationalen Interessen des Großherzogtums mit denen Europas. Er präsentierte die unterschiedlichen Maßnahmen, die auf europäischer Ebene getroffen wurden, um der Schuldenkrise entgegenzuwirken. „Der Euro ist unersetzlich“, erklärte Asselborn und schloss: „Man kann Mitglieder der Euro-Zone nicht ausschließen (...); im Gegenteil, es ist geboten, politische Solidarität zu beweisen, insbesondere in Zeiten der Krise.“¹

Luxemburgs Haltung in der Eurokrise

Die Europapolitik Luxemburgs wurde weitgehend durch die Staatsverschuldungskrise der EU gekennzeichnet. Luxemburg gehörte auch in diesem Zeitraum zu den sechs stabilen Ländern der Union und hatte mit einem Verschuldungsgrad von knapp 20% am BSP eine der niedrigsten Raten innerhalb der Union aufzuweisen. Luxemburg beteiligte sich sehr aktiv an der Lösung der Finanzkrise der Union. Einmal erfolgte dies in der Person des Regierungschefs Jean Claude Juncker, der als Euro-Gruppenchef eine intensive Koordinationsarbeit innerhalb der EU 17 (Eurozone) gewährleistete und zum anderen in der aktiven Unterstützung der von der EU vorgesehenen Maßnahmen wie dem Europäischen Fiskalpakt und dem europäischen Stabilitätspakt. Luxemburg wird sich nur mit 0,25 Prozent, d.h. 1,752 Mrd. Euro (von denen 200,32 Mio. Euro binnen drei Jahren in verschiedenen Etappen direkt überwiesen werden sollen) am Rettungsschirm beteiligen, wobei das Land Garantien in Höhe von 1,552 Mrd. Euro übernimmt. Das mag angesichts eines Volumens von 700 Mrd. Euro für den gesamten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wenig erscheinen, doch rechnet man die Beteiligung Luxemburgs auf die Einwohnerzahl um, dann zeigt sich, dass der Betrag eines luxemburgischen Bürgers mit 3.505 Euro deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt. Die Belastung eines Luxemburgers liegt damit um 65 Prozent höher als der Eurozonen-Durchschnitt.² Insgesamt stimmten die Abgeordneten am 26. Juni 2012 dem Vertrag über den ESM sowie der Beteiligung Luxemburgs am permanenten Euro-Rettungsschirm zu. Nach Auffassung der Mehrheitsparteien erfolgte die Zustimmung zu ESM und Fiskalpakt, weil Luxemburg aus der Gemeinschaftswährung großen Nutzen gezogen hätte. Premierminister Juncker merkte nicht nur an, dass die luxemburgischen Beiträge als Teile eines gemeinsamen Einsatzes für mehr Stabilität und Wachstum in Interesse Europas gesehen wer-

1 <http://Berlin-mae-lu/ge/> Aktuelles aus Politik und Wirtschaft.

2 Luxemburger Wort 26. Juni 2012.